

zuonline.ch – 31. Mai 2021 13:15

Radio

Unterschriften gegen UKW-Ende: Roger Schawinskis Aktion stösst auf Skepsis

Der Zürcher Radiopionier will die Abschaltung von UKW verhindern. Zu spät, sagen Politikerinnen und Politiker der zuständigen Kommissionen.

Sandro Benini

Er hat die Vereinbarung über die UKW-Abschaltung als einziger privater Radiobetreiber nicht unterschrieben: Roger Schawinski.

Rund 45'000 Unterschriften hat Roger Schawinski bisher gesammelt, um die Pläne seiner eigenen Berufskollegen und des Bakom zu verhindern. Vor mittlerweile fünf Jahren hat sich die Branche darauf geeinigt, die Übertragung via Ultrakurzwelle (UKW) in der Schweiz einzustellen.

Im August 2022 werden die öffentlichen Radiosender diesen Schritt vollziehen, ein halbes Jahr später sollen die Privaten folgen. Von den drei Technologien, die gegenwärtig betrieben werden, bleiben dann noch zwei, nämlich die digitalen Systeme DAB+ und das Internet.

Abertausende von Autos ohne Radio

Schawinski, der die Vereinbarung über die UKW-Abschaltung als einziger privater Radiobetreiber nicht unterschrieben hat, führt gegenwärtig eine Kampagne zugunsten der Beibehaltung von UKW.

Eines seiner wichtigsten Argumente lautet: Es sei inakzeptabel, wenn sämtliche UKW-Empfänger über Nacht zu Elektroschrott würden und die Hörerinnen und Hörer neue Geräte kaufen müssen. Und es gehe nicht an, dass ab Januar 2023 Abertausende von Autofahrern keine Schweizer Sender mehr hören könnten.

Obwohl Neuwagen serienmässig mit DAB-Radios ausgestattet sind, empfangen nach wie vor fast 60 Prozent der Fahrzeuge UKW.

«Schawinskis Aktion ist ein Sturm im Wasserglas.»

Was halten Mitglieder der nationalrätlichen und ständerätlichen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) von der Kampagne des Zürcher Medienunternehmers? Von neun befragten Politikerinnen und Politikern ist die Mehrheit gegenüber Schawinskis Anliegen abwartend bis skeptisch.

«Die Sache ist gegessen»: Gregor Rutz, SVP ZH.

Ablehnend äussert sich der Zürcher SVP-Politiker Gregor Rutz. «Die Sache ist gegessen, Schawinskis Aktion ist ein Sturm im Wasserglas», sagt er. Die Branche habe sich schon vor Jahren fast einhellig geeinigt. Es gehe nicht an, eine Strategie immer wieder zu ändern, und es sei nicht die Aufgabe der Politik, nachträglich «hineinzufunken», wenn eine breit abgestützte Lösung vorliege. «Der Staat sollte sich darauf beschränken, marktfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen», sagt Rutz.

«Wie die alte Fasnacht»

Auch der Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen findet es problematisch, die Spielregeln zu ändern, wenn eine Vereinbarung schon vor so langer Zeit getroffen worden sei. «UKW weiter zu betreiben, scheint mir aus ökonomischer Sicht fragwürdig», sagt er. Wenn schon, müsse die Branche den Entschluss selber umstossen – und dann die finanziellen Folgen auch selber tragen.

Der Bündner Mitte-Nationalrat Martin Candinas sagt: «Wenn sich die Politik jetzt in eine bereits getroffene Branchenvereinbarung einmischt, dann kommt sie daher wie die alte Fasnacht. Ob das wirklich nötig ist, muss gut überlegt und begründbar sein.»

«Allein die SRG spart durch die Abschaltung 40'000 Megawattstunden Strom.»

Marionna Schlatter, Zürcher Nationalrätin der Grünen, antwortet: «Parallele Infrastrukturen aufrechtzuerhalten, ist grundsätzlich wenig sinnvoll.» Sie bezweifelt auch Schawinskis ökologisches Argument, genau wie ihr Luzerner Parteikollege Michael Töngi, der Präsident der nationalrätlichen Fernmeldekommision. «Verschiedene Systeme aufrechtzuerhalten, ist energieintensiv», sagt Töngi, während Schlatter darauf hinweist, dass allein die SRG durch die UKW-Abschaltung 40'000 Megawattstunden Strom spare. «Das entspricht dem jährlichen Verbrauch von 10'000 Haushalten. Und weil auch die Privaten UKW einstellen, sind es noch viel mehr.»

«Parrallele Strukturen aufrechtzuerhalten, ist wenig sinnvoll»: Marionna Schlatter-Schmid, GP ZH.

Die Politikerin und der Politiker der Grünen sind aber grundsätzlich bereit, die Frage noch einmal zu diskutieren, insbesondere unter dem Aspekt der ökologischen Bilanz.

Zum Argument mit den Autos, die plötzlich keine Schweizer Sender mehr empfangen können, sagt Töngi: «Wenn man sich die Unterhaltskosten für ein Auto vor Augen hält, ist eine einmalige Umrüstung, die man ab etwa 100 Franken vornehmen kann, nun wirklich nicht die Welt.»

«Es ist eine Frage des Respekts, die Unterschriften, die Schawinski gesammelt hat, nicht einfach in den Wind zu schiessen.»

Einer, der sich unumwunden gegen die UKW-Abschaltung ausspricht, ist der Zürcher Mitte-Nationalrat Philipp Kutter: «Ich bin dagegen, ohne Not eine bestehende Infrastruktur zu beschädigen. Besonders, wenn man bedenkt, wie verbreitet UKW noch immer ist und dass die Konsumentinnen und Konsumenten nicht befragt wurden», sagt Kutter.

«UKW ist noch immer sehr verbreitet»: Philipp Kutter, Die Mitte ZH.

Es sei überdies eine Frage des Respekts, die mehr als 40'000 Unterschriften, die Schawinski gesammelt hat, «nicht in den Wind zu schiessen». Kutter plädiert für einen «Marschhalt» und eine Neubeurteilung – das sei in einer Demokratie ein völlig normaler Vorgang.

Auch der Aargauer FDP-Ständerat Thierry Burkart fordert «eine Auslegeordnung». Auf den ersten Blick, so sagt er, scheine es ihm, die Nachteile der Abschaltung überwiegen die Vorteile.

Noch keine Meinung gebildet haben sich die beiden SP-Nationalräte Matthias Aebischer und Jon Pult.

Kutter und Burkart wollen beide dafür sorgen, dass die nationalrätliche und die ständerätliche Fernmeldekommission Schawinskis Anliegen an ihren nächsten Sitzungen diskutieren.